

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. **Wichtige Beilagen**, „Ankerfreund“ sowie „Volk u. Welt“. **Interessant** eingehenden Manuskripten ist stets das **Rückporto** beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das **Publikationsorgan** der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ **verschiedener Verbände**. — **Schriftleitung** Hans 42/44, **Poststraße 2** Treppen, **Fernsprecher** 24 667. **Vertrieb** Verkaufsstellen mitteleurop. von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung
für
Halle und den Regierungsbezirk Merseburg

Bezugsbedingungen Der Verkaufspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abgabe 1,90 Mark. **Postbezugspreis** monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 Mk. **Einzelverkaufspreis** 12 Pf. im Anzeigen- und 60 Pf. im Reichweiteb. **Abnehmer** — **Ganzjährig** 24,- Mark. **Bestellungsfrist** 27. Postfachkonto 20510 Halle

Westers' Dolchstoß gegen Wilhelm II.

Die Judas-Rolle der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Mai. (Soz. Presseblatt.)

Die politische Moral der Deutschnationalen, die Moral mit dem doppelten Boden, hat am Montag im Reichstag bei der Abstimmung über das Republikfluchtgesetz sich in ihrer ganzen Größe gezeigt. Der Reichstag hat in erster und zweiter Lesung den Initiativantrag der Koalitionsparteien auf Verlängerung des Republikfluchtgesetzes um zwei Jahre mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung zeigten die Reichen der Deutschnationalen auf-tastend harte Kanten, vor allem fehlte der radikale rechte Flügel. Den Protagonisten der Partei jedoch blieb nichts anderes übrig, als in den launen Apfel zu beißen und sich bei der Abstimmung, wenn auch ägernd und widerwillig, für den Antrag der Koalitionsparteien zu erklären. Die Verschiedenen aber, die sich zunächst von der Abstimmung gedrückt haben, mußte werden am Mittwoch bei der Schlußabstimmung noch über-über auf Stelle sein und ihre kranke Rolle spielen müssen.

Ein Schauspiel für Götter! Die Trias der Reichstags, die eingetragenen Monarchisten stimmen für das Republikfluchtgesetz. Hat es jemals in der deutschen Geschichte eine ärgere Grundlosigkeit gegeben als die der Deutschnationalen? Fast jeden Tag wird in deutschnationalen Versammlungen die Liebe zum „angestammten Königshaus“ betont und behauptet. Der Führer der Partei, Graf Westarp, der bis vor kurzem noch Vor-sitzer der Kaiserpartei, d. h. also der Reichspartei, gewesen ist und vor immer wieder den Gedanken der Monarchie propagiert, führt im Reichstag seine Rede zur Abstimmung für das Gesetz zum Schutz der Republik. Ein Gipfel immer In-tensivität und das alles noch, was? Nur um „and der Futterkrippe“ bleiben zu können. Für das Einverständnis der Reichspartei wird auch die letzte Spur von Ehrlichkeit und Be-achtlichkeit geopfert. Was brauchen in Versammlungen vor den Wählermassen feierlich verkündet wird, im Reichstag wird alles verlegt und lediglich auf dem Jura, Pöbeln zu ergötzen und die alte konterbairische Vertrauensschwärze in den Werten wieder aufzurichten.

Den Rednern der Opposition, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg und dem demokratischen Abgeordneten Dr. Gaez, war es ein Leichtes, mit Spott und Hohn die deutschnationale Grundlosigkeit vor der deutschen Öffentlichkeit auf den Pranger zu stellen. Sie brauchten nur die schließlichen Erben der Reichspartei aus den letzten fünf Jahren der Haltung der deutschnationalen Fraktion bei der Abstimmung gegenüberzu-stellen.

Ein schwarzer Tag für Graf Westarp! Die im-merliche Klamage der Deutschnationalen Partei, die am Mitt-woch bei der Schlußabstimmung über das Republikfluchtgesetz ihre Krönung erhalten wird, muß auch den Dämmern unter den Nachläufern der doppelzähligen deutschnationalen Politik auf-tauchen. Keine Partei kann ungefragt so spöttisch und so ge-mein die eigenen Grundzüge mit Füßen treten, wie es die Partei der Deutschnationalen für das Republikfluchtgesetz stimmende, deutschnationale Reichstagsfraktion fertiggebracht hat. Der deutschnationale Klamage im Reichstag muß das Debakel bei den Wahlen folgen.

Nachstehend lassen wir den Reichstagsbericht folgen:

Berlin, 17. Mai. (Soz. Presseblatt.)

Die Sitzung wird um 8 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Dem Reichstag ist der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches an-gegangen. Es folgt die erste Beratung des von den Regierungsparteien vorgelegten und inzwischen veröffentlichten Entwurfs zur Verlängerung des Republikfluchtgesetzes um 2 Jahre.

Abg. Dr. Scholz (DDP) gibt im Namen der Regierungsparteien, also auch der Deutschnationalen, eine Erklärung ab, worin er die unveränderte Verlängerung des Republikfluchtgesetzes beantragt, weil man bei der von der Regierung geforderten Prüfung darüber, welche Bestimmungen dieses Gesetzes in das allgemeine Strafrecht übernommen werden sollen, nicht vorgehen wolle. Die Billigkeit des Gesetzes sei vorzubereiten als bestimmte Zeit be-grenzt worden. Wenn auch die tatsächlichen Verhältnisse, die zu dem Entschluß des Gesetzes geführt haben, sich inzwischen wesentlich zum Besseren geändert haben und wenn auch das deutsche Staats-wesen jetzt als inmerlich gefestigt angesehen werden könne, so sei doch ein erfolgreicher Versuch des geringen Gesetzes aus historisch-politischen Gründen zur Zeit noch nicht möglich. Das Gesetz enthalte eine Reihe von Vorrichtungen, die dauernde Billigkeit hätten und darum in die ordentliche Gesetzgebung überführt werden müßten. Die Prüfung der Frage, welche Einzelvorschriften in Republik-fluchtgesetzes übernommen werden sollen, sei bei den Vorarbeiten zum neuen Strafgesetzbuch bereits in die Wege geleitet worden. Dieser Prüfung dürfe man nicht vorgehen, deshalb hielten die Regierungsparteien eine unveränderte Verlängerung der materiellen Vorschriften des Gesetzes auf kurze Zeit für die ange-messenste Lösung. Die Billigkeit des Staatsgerichtshofes für Strafsachen sei bereits auf die ordentlichen Gerichte übertragen. Dem Grundgedanken des Gesetzes entsprechend, die dem Staats-gerichtshof noch verbleibenden Zuständigkeiten in Verwaltungs-sachen dem kommenden Reichsgericht übergeben werden. Aus diesen Gründen empfehlen die Regierungsparteien die Annahme des von ihnen eingebrachten Gesetzesentwurfes.

Abg. Landsberg (Soz.):

Das Gesetz zum Schutze der Republik, das mit den Stimmen meiner politischen Freunde anstehend gekommen ist, war nicht darauf angelegt, irreführende Bemerkungen die den Gehalt der Re-publik gefährden könnten, ungenügend zu machen, sondern das Ge-setz sollte eine Warnungstafel sein für alle, die hinter-wärtlich den politischen Willen nach Deutschland verpflanzt und ihn im politischen Kampfe angewendet haben, denen die republikani-schen Grundgedanken ein festes Bild sein sollten, und für die, die gegen den Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes Angriffe gegen den Bestand der Republik unternommen wollten. Dieser sollte am Bewußtsein gebracht werden, daß die Republik auf der Hut und gewillt ist, sich zu wehren. Ich glaube, daß diese Warnungstafel noch nicht entfernt werden kann, obwohl wir mit Bewußtsein feststellen müssen, daß das Gesetz mit größerer Energie gegen links als gegen rechts angewendet worden ist. (Sehr richtig links.) Dieses Gesetz teilt das Gesetz leider mit allen Strafbestimmungen, die gegen politische Straftaten gerichtet sind, im Strafgesetzbuch angedrückt sind. Würde sich eine Aufhebung des Republikfluchtgesetzes notwendig machen, so müßten die gesamten Bestimmungen des Strafgesetzbuches über politische Straftaten be-seitigt werden. (Sehr richtig links.)

Gegen die Verlängerung des Republikfluchtgesetzes könnte man einwenden, wenn jetzt sogar die Deutschnationalen für die Festigung der Republik eintreten, so sei sie gang und gar nicht mehr gefährdet. Die Deutschnationalen haben einmütig die Re-publik als eine vorübergehende Erscheinung bezeichnet. Jetzt haben sie sich den Entschluß abgerufen, der Republik ihren Schutz auf weitere zwei Jahre zu gewährleisten. Man könnte aus dieser Bereitwilligkeit der Deutschnationalen die Republik zu führen, die Folgerung ziehen, daß die Republik eines Schutzes nicht mehr bedürfe. Aber wenn die deutschnationalen Reichs-minister die Republik immer noch für so gefährdet halten, daß sie eines Schutzes nicht entzünden dürfen, so werden wir ihnen darin schon folgen zu müssen. Das Mittel, das den Deutschnationalen hält uns davon ab, ihnen den Schmerz zu bereiten, daß durch unsere Ablehnung die Verlängerung des Republikfluchtgesetzes nicht möglich werde. (Sehr richtig.) Durch welche Gründe sind denn die Deutschnationalen zu einer Wendung ihrer Haltung bezüglich der Deutschnationalen Fraktion, der Abg. Gaez, der Regierungsparteien hoch Graf Westarp verurteilt zu müssen. (Sehr richtig.) Dann hätte er es die Gründe für diesen Umschwung lagen müssen. Dieser Umschwung ist ganz elastisch. Bei der Beratung des Republikfluchtgesetzes im Jahre 1922 hatte der ableh-nende der deutschnationalen Fraktion, der Abg. Gaez, die Erklärungen, den Rest der diejenigen Mitglieder einer Vereinigung mit Strafe bedroht, die Mitglieder republikanischer Regie-rungen durch Wort zu beleidigen unternommen, „das Feigen-blatt für die Abneigung der Opposition“ genannt. Der Schluß seiner Rede führte er aus, man wolle aus Anlaß des Wortes an Rathenau die Gelegenheit wahrnehmen, und die Opposition mundtot zu machen mit allen Mitteln, die der Mehr-heit zur Verfügung ständen. Dieses Gesetz sei ein Angriff pro-duk der Regierung und ihrer Mehrheit. (Erneute Seiterkeit.) Welche Empfindungen mögen die Deutschnationalen heute haben, wo sie unter den Antrag zur Verlängerung dieses Gesetzes ihre Unterschrift setzen. Der dritte Redner der Deutschnationalen war damals der Abg. Wajille, von dem der verstorben Zentrumsführer Rechenbach gesagt hat, seine Worte seien mit Gift gefüllt gewesen. Wenn wir Herrn Rechenbach heute noch unter uns hätten, dann würde er sicherlich mit derjenigen Freude von dem Umschwung bei den Deutschnationalen Kenntnis nehmen, die man als die reinste Freude bezeichnen könnte. (Sehr richtig.) Am Schluß hatte Herr Wajille erklärt: Wären sie auch fernherhin das freie Wort und das freie Herz im Reich zu haben, wir ließen sie in der inneren und äußeren Aneignung. (Stürmische Seiterkeit.) Im Laufe der Zeit hat sich die deutschnationale Opposition gegen dieses Gesetz nicht etwa abgeschwächt. Am 12. Mai 1923 hat Graf Westarp erklärt: Wir verlangen, daß man diese Maßnahmen entgegen-entlich ein Ende gemacht wird. (Sehr richtig.) Am 27. Februar 1924 hat ein anderer deutschnationaler Redner erklärt, er habe dieses Gesetz vor wenigen Tagen durchgesehen und es mutet direkt dezimantlich an, das darin liege. Dieser Schluß ist erklärlich: Wir verlangen, daß man diese Maßnahmen entgegen-entlich ein Ende gemacht wird. (Stürmische Seiterkeit.) Ich kann nur annehmen, daß er jetzt das Republikflucht-gesetz nicht wieder durchgesehen hat, sonst hätte er nicht sein Ein-verständnis mit dem Initiativantrag der Regierungsparteien geben können. (Erneute Seiterkeit.) Am 11. Mai 1926 hat sich der 12. Bundtag des Reichstags mit einem Antrag der National-sozialisten auf Befreiung des Republikfluchtgesetzes befaßt. Dieser Antrag wurde von dem deutschnationalen Abg. Freytag-Loringhofen unterstützt mit der Begründung, das Gesetz sei ein Unnahmegesetz, für dessen Aufrechterhaltung keine Notwendigkeit mehr bestehe. Besonders durch den 8. Bundtag des Reichstags ist die Mitte der Familienkreise weitergetragen. Das Gesetz ist im schroffen Widerspruch zum heutigen allgemeinen Rechtsbewußtsein, deshalb müsse es fallen. Deshalb sind noch und heute die Deutschnationalen für die Verlängerung dieses Gesetzes. (Stürmische Seiterkeit.) In ihrer Presse haben sich die Deutschnationalen auf den-

Deutschnationales Warenhaus

Ausverkauf!
Hausgegen-
Mit Gott für Kaiser und Reich!
Wegen Aufgabe des Artikels
Stunend billig!!!

Praktische Neuheit!
Veränderungsstreifen zum Republikfluchtgesetz

Gesetz Schutz der Republik
um 2 Jahre
Schuldenpreisveränderung

Westarp: „Nun hab' ich mein Warenlager neuzeitlich komplettiert, aber merkwürdig — der Laden wird immer leerer!“

und Sanatoriumen einbezogen, der darauf hinausläuft, die feststehende Arbeitszeit im Bedarfsgebiete einzuführen und die Sonntagsgänge aufzuheben. Im Sinne und Zeitgenossen soll auch die Sonntagsgänge die Feststellung leicht veränderlicher Sanatoriumen erlaubt sein.

Man will also den Vätern und Sanatoriumen sowie die jetzige Sonntagsgänge vollständig rauben. Die Vätern und Sanatoriumen sollen ihren Sonntag offen; denn eine die nachmittags 2 Uhr aus der Sanatoriums Arbeitzeit muß den ganzen Sonntag arbeiten. Gegenüber der über die Bildung dieser Sonntagsgänge ist nicht vorgehen. Nur der gewöhnliche Stundenlohn soll bezahlt werden. In Bezug auf Leiharbeiter sollen die Arbeiterminister mit Zustimmung des Reichstags bestimmen, inwieweit Arbeiter und Frauen unter diesen Begriff fallen.

Die Bürgerbewegung hat sich bei ihrer Bildung dem deutschen Volk als „christlich-nationale“ Regierung vorgestellt. Die Vertretung der Sonntagsgänge steht dieser „christlichen“ Regierung wunderbar da.

Die Tagung des BDI.

Baden, 16. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Tagung des BDI, begann am Montag ihren geschäftlichen Teil. Der Bericht des BDI über den Stand der Arbeit ist die umfassende Zeitschrift des Verbandes. Neben der eigentlichen geschäftlichen Tätigkeit zur Befreiung der Angehörigen der Agitation und Bildungsarbeit, der Tätigkeit auf sozialpolitischen Gebiet, die Arbeit unter den Jugendlichen. Der Verband hat rund 20 000 in einem Reich und drei Großstädte. Seine Hauptarbeit sind für seine Mitglieder erzieherisch, wo diese auf mobilsten Reisen ihre Ferien verbringen können. Die Zahlen, die der Geschäftsbericht aufweist, sind die einer großen Organisation. Die Einnahmen betragen während der Berichtsperiode 11 800 410 Mk. Seine Ausgaben betragen 10 800 501 Mk. Von diesen Ausgaben wurden allein für Unterhaltungen ausbezahlt: 1 487 783 Mk. Darin sind die von der BDI-Erziehungsstelle und der Pensionistenkassee bezahlten Unterhaltungen nicht einbezogen. Der Vermögenstand ist trotz der ungewissen Zeiten, die die Folge der außerordentlichen Arbeitslosigkeit sind, sehr beachtlich. Er betrug 1928 insgesamt 81 293 Mk.

Die Diskussionen tragen einen durchaus sachlichen Charakter. Es werden natürlich Kritiken und Wünsche vorgebracht, auch die Abänderungen werden nicht einstimmig. Aber die Meinungsunterschiede werden in der kameradschaftlichen Weise ausgeglichen. Es gibt keine „grundtägliche“ Opposition, keine von außen herbeigekommene Parole, keine ausweichend und unklaren Debatten. Dieser ist fast in allen anderen Gewerkschaften nicht vorhandene erfreuliche Limitiert erklärt sich aus dem Umstand, daß unter den Delegierten nicht ein einziger ist, der an dem in sich befindet. Die Beschlüsse des Verbandstages in Basel haben ihre Wirkung getan. Der Verbandstag ist deshalb auch über die Denkschrift der kommunistischen Abgeordneten Zogler und Gelpar, die die Aufhebung der Kaffeler Beschlüsse verlangt, und noch andere ähnliche Anfragen enthält, mit erdrückender Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen.

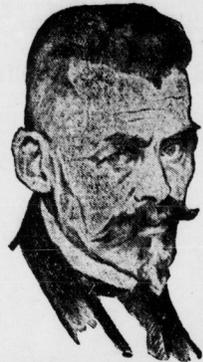
Bei der Abstimmung der zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wurde u. a. beschlossen, die fibere Verhandlungen auch an 20 Jahre lang frageverweigernd organisierte Mitglieder, die mindestens 12 Jahre dem BDI, oder einem seiner Vorgänger angehört, zu verziehen. Eine Reihe Anträge zur Bildung von Komitees wurde dem Vorstand überwiesen. Abgelehnt wurden die Anträge, die eine Revision des Kaffeler Beschlusses gegen die Kommunisten verlangten. Geschäftsbericht wurde ferner ein Antrag, der vom Reichsbundvorsitzenden verlangt, daß er sich mit allen parlamentarischen Mitteln für eine Erarbeitung der Altersgrenze in der Angehörigenversicherung auf 60 Jahre einsetzt.

Dann nahm Hermann (Berlin) das Wort zum Bericht über die Arbeit der Statutenkommission. Der Reichsbundvorsitzende hat sich ausdrücklich mit der Arbeit der Kommission der Statuten eingeleitet. Der Reichsbundvorsitzende hat die vorliegenden Anträge. Weiterberatung Dienstag.

Die Bergarbeiter-Internationale wird am 29. und 30. Mai im Maison des Cooperateurs in Paris zu einer Sitzung zusammen treten.

Theodor Leipart

Vorsitzender des BDI, 1. Präsident des Reichswirtschaftsrats, leitet am 17. Mai seinen 60. Geburtstag.



Ausführungsvorschriften für Bauleistungen.

Die von den Bauarbeitern geforderten Ausführungsvorschriften zur Berufsordnung für Bauleistungen sind noch immer nicht erschienen. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags fordert daher vom Staatsministerium, sich bei der Reichsregierung dafür einzusetzen, daß diese Vorschriften umgehend erlassen und in eine Reihe wichtiger Arbeiterbestimmungen aufgenommen werden. Bei der Aufgabenteilung von Bauaufträgen aus öffentlicher Hand (Reich, Länder und Gemeinden) sollen vor allem nur solche Unternehmer berücksichtigt werden, denen bekannt ist:

1. Daß sie die von den Unternehmern und Arbeiter-Organisationen gemeinsam festgesetzten Vorschriften kennen und Arbeitsbedingungen anerkennen haben und diese in ihrem Betrieb auch durchführen.
 2. Daß sie die zum Schutz der Arbeiter erlassenen Gesetze und Verordnungen in ihrem Betrieb durchführen, die benötigten Arbeitskräfte durch die öffentlichen Arbeitsnachweise anwerben und die vorgeschriebenen Beiträge zur Arbeiterversicherung leisten.
 3. Daß sie sich ferner bei Vergütung der ihnen übertragenen Arbeiten an Zuschussunternehmer verpflichten, darauf zu achten, daß diese gleichfalls die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die sonstigen Vorschriften erfüllen, zu denen sie selbst verpflichtet sind.
 4. Daß sie die ihnen übertragenen Arbeiten nur dann in Auftrag ausführen lassen, wenn die in Betracht kommende Berufsgruppe der Arbeiter ihre Zustimmung gegeben hat und für die auszuführende Arbeit ein Arbeitsvertrag mit der Gewerkschaft abgeschlossen ist.
 5. Daß sie in ihrem Betrieb nur eine Anzahl von Lehrlingen beschäftigen, die in einem angemessenen Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Gehilfen steht.
- Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen jederzeit die mit seinen Handwerken und Arbeitern abgeschlossenen Verträge zur Einsicht vorzulegen und über deren Erfüllung Aufschluß zu geben. Die beauftragende Behörde muß vor der Aufgabenteilung Einsicht in die Verträge nehmen. Den Unternehmern, die die übernommenen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht erfüllen, ist die übertragene Arbeit zu entziehen.

Eingegangene Druckschriften.

Die Verordnung über die Arbeitszeit. Wie bekannt, lautet das deutsche Arbeitsgesetz, das am 1. April 1924 in Kraft trat, die allgemeinen Bestimmungen in nicht weniger als drei Arbeitsetzungen gegeben. Die Arbeitsetzungen sind in drei verschiedenen Heften eine billige, handliche und übersichtliche Zusammenfassung der Texte der drei geltenden Arbeitsetzungen in neuerlicher Auflage und der Ausführungsbestimmungen erschienen. Der Verkaufspreis des Heftens beträgt 20 Pf. Buchbindungen und Umschläge erhalten bei früheren Bestellungen einen Rabatt von ca. 25 bis 40 Prozent des Verkaufspreises. Unseres Wissens ist diese Broschüre die einzige Zusammenfassung ähnlichen Inhalts, die in Deutschland erschien.

MAGGI'S Erbs-Suppe

in Würfeln
zu 13 Pfg. für 2 Teller.
eine feine Suppe!

Bereins-Kalender

der SPD, freien Gewerkschaften, geselligen Vereinen sowie der sozialistischen Frauenvereine

Geheimrat der SPD, Halle
Halle 42/44, Hofstraße 2
Herrn 1022

Stadt-Theater

Heute 22.11
Donstag 7.11 Uhr:
Egmont
Mittwoch 8 Uhr:
Falstaff

Schillers Garten

Heide 2589
empfehlen seinen am Heiderand gelegenen
Garten
zur gefälligen Benutzung.
Gutgepflegte Bäume (La Robenkaffee!)
Nun bergseitiger
Kinderspielplatz

Rakele

Ab heute
neues Programm!

Emil Reimers
in seinen besten
Nachschlagern:
Stippsel
Burschenstrolche
und
Emil
als Lebensretter

20,000 Mark

Die reinste Seife ist stets auch am sparsamsten, denn sie schon Ihre kostbare Wäsche. Die Sunlicht Gesellschaft bietet Ihnen Mk. 20000 als Bürgschaft für die vollkommene Reinheit und Unschädlichkeit der Sunlicht Seife

Masse

Frauengruppe und Arbeiter-Vorbereitung. Die Spargelgruppe in die Reihe finden von jetzt an Mittwochs Abends, bei dem Konzert in Schillers Garten, Mittwoch, den 18. Mai, nachmittags 3 Uhr, Spasieren in die Gärten. Treffpunkt: Herrs Garten, Ecke Mühlweg.

Aus dem Besten

Ammerlatz, Dienstag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im „Hörsaal“ Mühlberg, veranstaltung. 3. Gedenken aller Mühlberg.

Relig. Ges. Dienstag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im „Hörsaal“ Mühlberg, zu diesem Abend werden alle Parteimitglieder und Gesellen eingeladen.

Gesellen-Frauengruppe, heute abends 8 Uhr im „Hörsaal“ Mühlberg, abends 8 Uhr, feines Gedenken wird erwartet.

Walhalla

Telef. 28385
Heute Premiere
Die große Ausstattungs-Revue
Die Welt steht Kopf!
Genehmigte Dreie

Hafis-Lesebucherei

Kriegs, Hohen des Herrn v. Wredem
Kriegsrunder, Sternkreuz
Branzvogel, Friedemann Bach
Francis, Redenburgerin
Gaut, Wägenstein
Keller, Siederer Ravelin
Klein, Michael Robins u. a. Novellen
Ludwig, Petersthal
Kleinhold, Bernsteinsage
Storm, Kaelen - Schimmelreiter

Jeder Band in Leinen gebunden
(etwa 320 Seiten stark)

nur Mk. 1,30

Carl Severing

Im Wetter- und Watterwinkel
Preis gebunden 4,75 M.

Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27

Gewerkschaftshaus Halle

Sachs 42/44
Ueberrnachtung zu solid. Preisen
Guter und preiswerter Mittagstisch 2669

Amfliche Bekanntheitsnachrichten

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am Städtischen Schlachthof und Viehhof zu Halle
Beachtet wurden Montag, den 16. Mai 1927:

Gattung	50 kg Fleischgewicht in Goldmark	Gewicht Fleisch
Eckeln	91	88
Bullen	91	80
Rind	92	86
Jungbullen	96	90
Wachschaff	110	85
Wachschaff u. Masthammel	110	105
Schafe	98	75
Schweine einjährig	72	65
Mittel u. Geflügel	72	65

Reichs-Schwarz-Band Rot-Gold

(Band der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Druckgruppe Halle

Mittwoch, den 18. Mai 1927, abends 9 Uhr, im „Hörsaal“ Mühlberg, Vortrag: „Gedenken an die Soldaten der ersten Weltkriege“.

Die noch ausstehenden Karten zur Veranstaltung am 14. Mai sind durch die Verteilung umgehend abzurufen.

Am 5. und 6. Juni (Mittwoch) findet im „Hörsaal“ ein mittelmäßiges Konzert statt. Preisfreie Eintrittskarten der Druckgruppe Halle werden bis sofort bei ihren Mitarbeitern an einem der Verteilung der Eintrittskarten und an dem örtlichen Parteibüro abzurufen.

Alfred Koch

Landwehrstr. 7
Gedächtniswertstätt

Warenzettel-Kalender
merken 3, 24-Stunden
zeitlich umgearbeitet

Volksblatt-Buchhandlung

Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Wiederverkäufer
Wäschekönige, Schuhengel, Küchenmesser!
Ihm alle Ausgarnen billigt bei
Paul Lange, Merseburger Straße 169, neben GZ-Küchenspiele, 2629

DURCH KUNST MEHR FREUDE!

LEST
DR. JOHN SCHIKOWSKI
KUNST-SCHAFFEN und KUNST-ERLEBEN
Mit vielen teils farbigen Abbildungen habe ich 1.50 RM. zu beziehen

Dem Jubelpaar!

Unserem schon 30 Jahre in der Arbeiterbewegung tätigen Ehepaar
August Neubert
neben Gattin bringen wir die herzlichsten Grüße zum heutigen 25-jährigen Ehejubiläum dar und wünschen beiden einen langen Lebensabend.
2925
Sozialdemokratische Partei Könnern.

Einleben

Nach Finanzministerialerlass vom 20. Dezember 1926 hat die Grundbesitzungs- und Hausbesitzersinnung umbedingt bis zum 15. eines jeden Monats zu zahlen und dürfen Wirtschaftlich nicht vorhanden sein.

Da die Einkünfte zur Zahlung ungenügend ist, werden die Steuerpflichtigen hierdurch nicht bestraft, sondern die Steuern bis spätestens zum 15. eines jeden Monats bei unserer Stabskasse einzubringen.

Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen zu zahlen.

Wer bei öffentlicher Mahnung keine Zahlung leistet, hat die Zwangsversteigerung auf seine Kosten zu gemachten.

Halle, den 13. Mai 1927.
Der Magistrat.

Krieg dem Kriege!

Von Ernst Friedrich
Preis 5 Mark
Volksblatt-Buchhandlung

Spelzszimmer

Schlafzimmer, Küchen, Sofas, Chaiselongues, sowie alle Einzelstücke
verkauft billig

Otto Bernhardt, Herrenstraße 19.
Hilfsdienstleistungen
Sofas, Stühle
Betten usw. sehr billig
K. O. L. H. G.,
Sapfenstr. 18.

Leeres Zimmer
ab. möbliert u. ung.
Wohnen gesucht in
Halle, Ober-
unter V. H. 628
an die Exped. d. Bl.

Volksblatt-Buchhandlung

Halle a. S., nur Große Ulrichstraße 27.

Arbeitsmarkt

Hausarbeiterinnen

gesucht. Der Ausweis ist mitzubringen.
Heilbrun & Pinner
Gelestraße 22, 2623

